

Erklärung zur Unrechtsstaatdebatte

Beschluss aus der Landesvorstandsklausur vom 14. – 16. November 2014

Beschluss: Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt die aufgeführte Erklärung.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Die Vorlage wurde abgestimmt mit: Grundsatzkommission

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 15. November 2014



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Gründliche Debatte vor Ort weiterführen

In den vergangenen Wochen wurde in vielen Strukturen unserer Partei über eine angemessene Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und den Biographien der Menschen, die in der DDR lebten, diskutiert. Anlass dafür waren die Formulierungen in einem Protokoll der Sondierungsverhandlungen zur Regierungsbildung in Thüringen, die unter anderem die Formulierung enthielten, dass die DDR „in der Konsequenz ein Unrechtsstaat“ gewesen sei. Darüber hinaus wird in der Präambel folgendes formuliert:

“Weil durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit in der DDR ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat. Daraus erwächst besondere Verantwortung. Wir vereinbaren deshalb engagierte, auf lange Sicht angelegte Projekte der politischen Bildung, in denen die Vergangenheit der DDR vielfältig und beispielhaft für die gesamte Bundesrepublik aufgearbeitet wird. Dabei geht es um eine politische Bildung insbesondere mit dem Ziel der Bildung zur Demokratie. Das ist nicht gleichbedeutend mit der Herabwürdigung von Biografien, allerdings hat sich jedes Leben in der DDR eben dort abgespielt und nicht im luftleeren Raum. Wir müssen die enge Sichtweise, hier Täter – immer gleichbedeutend mit einer Zusammen- oder Mitarbeit im Ministerium für Staatssicherheit – und dort Opfer, die nur Opfer sind, wenn sie z.B. inhaftiert waren, erweitern. Vielmehr geht es um eine konsequente und schonungslose Aufarbeitung der Alltagsdiktatur. Nur so kann Aufarbeitung im gesellschaftlichen Rahmen gelingen, nur so lässt sich für heute daraus lernen. Nicht nur die heute gut dokumentierte Einflussnahme der Staatssicherheit, die „Schild und Schwert der SED“ war, auf den Lebensweg und die Freiheit eines einzelnen Menschen, sondern die unerträgliche Einflussnahme in alle Bereiche des Lebens in der DDR durch den von der SED geführten Staat, wollen wir aufarbeiten. Die ostdeutsche Friedensbewegung, Umwelt- und Bürgerbewegungen, kirchliche Gruppierungen sowie die 1989 wieder gegründete, zuvor von der SED unterdrückte und verfolgte Sozialdemokratie haben entscheidend zur friedlichen Revolution in der DDR beigetragen.

Wenn nun 25 Jahre nach der friedlichen Revolution, im 70. Jahr der Befreiung vom Nationalsozialismus und 95 Jahre nach Gründung der Weimarer Republik die drei Parteien DIE LINKE, SPD und BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Koalition eingehen, so sind sie sich der Verantwortung bewusst, die aus der jüngeren deutschen Geschichte erwächst.“

Neben den bisher schon stattgefundenen Diskussionen in den Organisationen vor Ort gab es auch einige schriftliche Wortmeldungen zu diesem Thema und leider einige Austritte. Dankenswerter Weise hat sich auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zu einer Veranstaltungsreihe dazu mit Peter Porsch entschlossen, die auf außerordentlich gute Resonanz gestoßen ist.

Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen ist sich bewusst, von welcher erheblicher Bedeutung für die politische Identität sehr vieler unserer Genossinnen und Genossen dieses Thema ist. Deshalb schlagen wir euch vor, dieses Thema auf euren Versammlungen gründlich zu diskutieren. Zur Unterstützung dieser Debatten bieten wir euch an, Gesprächspartnerinnen und -partner aus dem Landesvorstand bzw. aus der Grundsatzkommission beim Landesvorstand zu euren Versammlungen einzuladen, um die Debatte im Landesverband zu begleiten. Nur wenn wir uns gemeinsam die Zeit für diese Debatte nehmen, können wir angemessen mit dieser Fragestellung umgehen.

Wenn ihr Interesse an ReferentInnen oder Referenten für eure Versammlungen habt, dann wendet euch bitte an kontakt@dielinke-sachsen.de